

der Antifaschisten bekennen zu können, die im Jahre 1990 für den PDS-Vorsitzenden den „wahren Antifaschismus“ verkörperten. „Viele von ihnen sind in unserer Partei. Sie erlebten die Wiedergeburt der Ideale in der Partei, für die sie gelitten und gekämpft haben. Sie sind ein ethisch bedeutsamer Teil unserer Partei.“⁶⁸

Der dritte Parteitag der PDS hat 1993 ein Parteiprogramm beschlossen, daß in seiner Aussage zum Antifaschismus hinter die Positionen zurückfällt, die Gysi bereits 1991 bezog. Eine Auseinandersetzung mit dem instrumentellen Charakter des Antifaschismus der SED unterbleibt zugunsten einer plakativen Rückbesinnung auf die Legitimität der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in der SBZ nach 1945. Wörtlich heißt es:

„Millionen Menschen setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes Deutschland in Überwindung des faschistischen Erbes ein. Das bedarf keiner Entschuldigung. Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war.“⁶⁹

Mit dieser programmatischen Aussage bezieht sich die PDS in ihrem Geschichtsbild erneut auf den Kern des instrumentellen Antifaschismus der SED, um ihre Politik im vereinten Deutschland zu legitimieren.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Als Vertretung für Herrn Günther Buch unser Sachverständiger Karl Wilhelm Fricke, bitte.

Karl Wilhelm Fricke: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich habe in der Tat erst heute um 9.15 Uhr erfahren, daß ich für Herrn Buch einspringen soll. Ich tue das natürlich gern, aber ich bitte Sie auch gleichzeitig, nicht allzuviel zu erwarten. Ich habe natürlich kein ausgefeiltes Referat, das ich aus der Tasche ziehen und hier vortragen kann. Ich möchte mich also auf ein paar ergänzende Anmerkungen und Informationen beschränken, zu dem was Frau Prof. Wisniewski, Herr Prof. Faulenbach, Herr Fippel und Herr Prof. Wilke ausgeführt haben. Zu dem Gesagten kann ich mich nur voll inhaltlich bekennen. Ich stimme in allen wesentlichen Positionen damit überein. Es bestätigt meine Sicht der Dinge. Und ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht hervorheben, daß aus der Instrumentalisierung des Antifaschismus natürlich auch die Instrumentalisierung oder der Mißbrauch der Entnazifizierung zur Beförderung der Revolution „von oben“ bewußt eingesetzt wurde. Das ist zum Teil konkret ausgeführt, aber ich möchte doch

68 Ebd.

69 Programm der Partei des demokratischen Sozialismus, in: Disput 3/4 1993, Sonderausgabe, Berlin 1993, S. 38

noch einmal daran erinnern, wie frühzeitig das auch durch gesetzgeberische Maßnahmen geschehen ist.

So wurde am 26. Februar 1948 der Befehl Nr. 35 der Sowjetischen Militäradministration erlassen, mit dem formell die Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone für beendet erklärt wurde, und es dauerte nicht lange, daß ein Teil der Internierten aus den Speziallagern des NKWD/MWD entlassen wurde. Im Juli und August 1948 kam es zu einer ersten Entlassungsaktion, von der etwa 28.000 Internierte betroffen waren. Das sind in der Regel ehemalige Mitläufer und Aktivisten der NSDAP gewesen. Im Gegensatz zu manchen anderen Internierten, die in der Nazizeit verfolgt wurden, und von denen, wie Herr Fippel mit Recht ausgeführt hat, einige sogar in den Waldheimer-Prozessen verurteilt worden sind. Es sind übrigens mehr als sechs. Gleichzeitig und parallel dazu vollzog sich die politische Aktivierung früherer Nationalsozialisten und Berufssoldaten, insbesondere durch die Gründung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, von der wir ja wissen, daß sie von der SED manipuliert worden ist. Insofern war also das Wort der SED, als der „großen Freundin der kleinen Nazis“, durchaus nicht unbegründet. Es sind so dann am 11. November 1949 und am 02. Oktober 1952 zwei Gesetze ergangen, durch die alle früheren Nationalsozialisten, Berufssoldaten und Offiziere, soweit sie strafrechtlich nicht verurteilt worden waren, rehabilitiert wurden. D.h. sie erhielten alle staatsbürgerlichen Rechte, einschließlich des passiven und aktiven Wahlrechts. Gerade in diesen beiden Gesetzen liegt begründet, daß in der DDR frühzeitig ein sehr nachsichtiger Umgang mit den ehemaligen Nationalsozialisten geübt wurde. Man könnte im einzelnen jetzt ausführen, wie viele ehemalige Mitglieder der NSDAP in den verschiedenen Volkskammerperioden seit 1950 auszumachen waren. Ich habe diese Zahlen nicht bereit, aber ich kann darauf hinweisen, daß auf jeden Fall die letzte, unter der Herrschaft der SED gewählte Volkskammer, die am 08. Juni 1986 gewählte Volkskammer, von 500 Abgeordneten immerhin noch 19 ehemalige Mitglieder der NSDAP gehabt hat.

Darunter war Heinz Eichler, gleichzeitig Sekretär des Staatsrates, darunter war natürlich vor allen Dingen ein Mann wie Heinrich Homann, ein sogenannter „Alter Kämpfer“, der gleichzeitig auch stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates und Vorsitzender der NDPD war, und als drittes Beispiel Hans Reichelt, Vizepremier und Minister für Umweltschutz. Ähnlich verhält es sich mit der Zusammensetzung der Mitglieder des Zentralkomitees der SED. Man kann in den verschiedenen Zentralkomitees, zumindest seit 1954, immer wieder eine relativ hohe Zahl, für mich erstaunlich hohe Zahl, von Mitgliedern der NSDAP ausmachen. Selbst in dem 1986, vom XI. Parteitag der SED, gewählten Zentralkomitee waren von 165 Mitgliedern mindestens 13 ehemalige Mitglieder der NSDAP. Darunter:

Herbert Weiz, der frühere Vizeministerratsvorsitzende und Minister für Wissenschaft und Technik,

Bruno Lietz, Minister für Land- und Forstwirtschaft,

Gerhard Beil, Minister für Außenhandel,

Ernst Timm, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock und

Horst Stechbarth, Generalleutnant der NVA und Vizeverteidigungsminister.

Man hat in der DDR, auch das nur als Illustration und als Beispiel, selbst ehemalige Nationalsozialisten im Pressewesen immer wieder ausfindig machen können. Ich denke an Kurt Blecha, den Chef des Presseamtes der Regierung der DDR, Mitglied der NSDAP seit 1941;

Günter Kertzscher, stellvertretender Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Mitglied der NSDAP seit 1937.

Es hat selbst in der Staatssicherheit ehemalige Nationalsozialisten gegeben, die bis zum Generalsrang aufstiegen. Ich denke an Franz Gold, Generalleutnant im MfS und lange Zeit Chef der Hauptverwaltung „Personenschutz“, Mitglied der NSDAP seit 1938. Ein Mann, der, wie viele andere ehemalige Nationalsozialisten, sich erst unter dem Eindruck des Rußlandfeldzuges und der Mitgliedschaft im Nationalkomitee „Freies Deutschland“, zum Antifaschisten gewandelt hat. Ebenso z. B. Manfred Hummitzsch, Generalmajor der Staatssicherheit, Chef der Bezirksverwaltung Leipzig, Mitglied der NSDAP seit 1943.

Natürlich sollte man dies alles nicht überschätzen, aber man muß es im Kontext gerade zur Instrumentalisierung des Antifaschismus sehen. Die DDR-Agitation und -Propaganda hat immer wieder hervorgehoben, wie radikal die Säuberung der Justiz von ehemaligen Nationalsozialisten erfolgt ist. Das hinderte aber die Justiz der DDR nicht daran, von 1949 bis 1960 einen Präsidenten des Obersten Gerichtes zu haben, Kurt Schumann, der 1936 Mitglied der NSDAP geworden war und der während des Krieges als Kriegsgerichtsrat in der Wehrmacht Adolf Hitlers tätig geworden ist. Ein Mann, der unter anderem verantwortlich für ein politisches Todesurteil ist, gegen Joachim Wiebach, das Ulbricht, durch Handvermerk vor der Hauptverhandlung selbst angeregt hat. Ein Mann also, der auch hier Gehorsam bewies, wie er ihn vermutlich in der Nazizeit bewiesen hat.

Natürlich sind in der DDR auch Strafprozesse gegen Nazis und Kriegsverbrecher durchgeführt worden, deren Verurteilung durchaus als rechtens anerkannt werden muß, die also auch unter rechtsstaatlichen Voraussetzungen verurteilt worden wären. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß auch diese Prozesse politisch instrumentalisiert und genutzt worden sind, ich denke an die Waldheimer-Prozesse, worauf ich hier nicht näher eingehen brauche. Die Kehrseite der Medaille war, daß die SED auch die Verurteilung von Schuldigen aus der Nazizeit verhindert hat. Auch dafür zwei Beispiele:

Arno von Lenski war Gutachter und Beisitzer am Volksgerichtshof der nationalsozialistischen Diktatur, hat an Todesurteilen mitgewirkt, ist jedoch nie zur Rechenschaft gezogen worden.

Ernst Großmann, immerhin ein Mann, der es bis zur Mitgliedschaft im Zentralkomitee der SED gebracht hat, war früher, wie es später enttarnt wurde, zu SS-Zeiten als Wachposten im Konzentrationslager Sachsenhausen tätig. Er ist zwar aus dem ZK ausgeschlossen worden, aber nie zur Rechenschaft gezogen worden.

Noch zwei ergänzende Beispiele zu den erschütternden Namen und Beispielen, die Herr Fippel genannt hat.

Ich möchte hier Ernst Reschke erwähnen, zuletzt Leiter des Zuchthauses Bautzen, der eines Tages unter den Mitgefangenen, die 1950 aus sowjetischer Haft an die Volkspolizei übergeben wurden, frühere Mitgefangene traf, mit denen er, ein Altkommun ist, in der Nazizeit gemeinsam im Zuchthaus gesessen hatte, was dann zu seinem Protest führte, mit dem Ergebnis, daß er selbst vor ein sowjetisches Militärtribunal gestellt und verurteilt wurde und seine Proteste mit mehreren Jahren politischer Haft in Workuta bezahlen mußte.

Und zum Fall Robert Havemann vielleicht noch als kleine ergänzende Arabeske, daß der Rektor, der seine Relegation von der Universität betrieben hat, ein Mann namens Werner Hartke war, Mitglied der NSDAP.

(Einwurf: Entschuldigung, das war die Akademie.)

Entschuldigung, aber am Tatbestand hat sich dadurch nichts geändert. Damit möchte ich eigentlich meine Ausführungen schon schließen, vielleicht noch mit dem Hinweis, daß gerade die Instrumentalisierung des Antifaschismus unter den Bedingungen der SED-Diktatur auch dazu geführt hat, daß der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 als faschistischer Putschversuch diffamiert wurde, das entspricht derselben Logik, wie auch Herr Wilke hervorgehoben hat, daß die Ulbricht-Mauer als „antifaschistischer Schutzwall“ bezeichnet wurde. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ihnen, lieber Herr Fricke, einen ganz besonderen Dank, daß Sie sich darauf eingelassen haben, in so kurzer Zeit Ihr Gedächtnis zu befragen und Ihre Sachkompetenz zum Ausdruck zu bringen. Wir haben fünf Einführungsstatements oder Referate gehört und haben jetzt die Möglichkeit, miteinander darüber ins Gespräch zu kommen und Fragen zu stellen. Es liegen bisher zehn Meldungen vor. Der erste ist Gerd Poppe.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will weniger Fragen stellen, als vielmehr zu einem Vortrag ein paar Anmerkungen machen. Ich meine damit den Vortrag von Manfred Wilke.

Ich habe damit meine Probleme. Zwar ist die Tatsache, daß Antifaschismus von der SED zum politischen Kampfbegriff gemacht wurde und der Instrumentalisierung und Manipulierung diene unumstritten, das hat auch Herr